

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 12 Juni 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig.— Preis bei Arbeitslosenvermittlung-
gen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S —90

Die Aerzte rufen — die Führer schweigen!

„Der Hungerskorbat vor den Toren“, rufen die sozialdemokratischen Aerzte, die im Bunde mit den Kinderfreunden sich in die Hungerreviere Oesterreichs begaben, um den Gesundheitszustand der Proletarierkinder zu untersuchen. Was sie fanden, ist nicht mehr als Gesundheitszustand mit mehr oder weniger großer Gefährdung zu bezeichnen, sondern als Krankheitszustand in verschieden gefahrliehen Graden.

Durchwegs wurde festgestellt: Krankheiten und Entwicklungsstörungen; starke Verbreitung von Drusenprozessen bis zur akuten Tuberkulose; Rachitis. Ruckgratverkrummungen, orthopädische Fehler und durchwegs Verfall der Zähne bis zum akuten Verfallungsproze des ganzen Gebisses. Kinder, abgemagert bis auf die Knochen, mit Erweichungen und Verkrümmungen des Knochen skeletts, widerstandslos gegenüber den Kinderkrankheiten und Erkältungen, Ueberhandnehmen der sogenannten Schmutzkrankheiten und körperliches und geistiges Zurückbleiben in verschiedenen Graden bis zum gänzlichen Verfall und Tod. Die Unterernährung ist zur vorherrschenden Erscheinung geworden, in manchen Orten sind mehr als drei Viertel der Kinder unter dem Normalgewicht zurückgeblieben. Otto Ruhles gewaltiges Zeitdokument, sein Buch über „Das proletarische Kind“, die gewaltige Anklageschrift gegen den im „leifsten Frieden“ unsere Kinder und Jugend mordenden Kapitalismus, ist in Oesterreich zu einer Massenerscheinung geworden, von der schon mehr als zwei Drittel der Arbeiterjugend betroffen wird.

Eine ganze Generation geht dem Hungertode entgegen. Schon erreicht die Zahl der unterernährten Kinder die des Kriegsendes. Aber wir stehen nicht am Ende der Krise, sondern mitten drinnen, und jede Hoffnung auf eine Besserung der Lage des Proletariats unter der Herrschaft des Kapitalismus ist leerer Wahn, sofern sich die Arbeiterschaft einen Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft verbunden mit einer Hebung des Lebensniveaus des Proletariats erhofft.

Aber nicht nur das proletarische Kind und die Jugend ist vom bankrotten Kapitalismus mit Degeneration und Hungertod bedroht, sondern auch hunderteausende proletarische Männer und Frauen. In dumpfem Groll leben in den Industrierevieren Niederösterreichs und Steiermarks, in Steyr und Wien die Ausgesteuerten, deren Zahl bis zweihunderttausend ansteigt. Zu ihnen gesellen sich ebensoviele noch Unterstützung beziehende Arbeitslose. Von was lebt diese Hungerarmee der Ausgesteuerten? Katzen- und Hundefleisch ist immer seltener ihr „Feiertagsbraten“, denn es werden immer weniger Hunde und Katzen, dafür vermehren sich die Bewerber danach. Schmalz, Gemüse, Milch, Butter, Eier, Fleisch (selbst Pferdefleisch) ist aus der Liste der Nahrungsmittel für Zehntausende gestrichen. Mit Fetzen am Körper und Hunger im Magen, entkräftet, nähern sich Zehntausende der Todeskrankheit, dem Skorbut. Wo Geld auf Brot fehlt, fehlt erst recht Geld für Selb. In Fetzen und auf Stro, in Schmutz und Ungeziefer hausen die Todeskandidaten des Kapitalismus in ihren Mietsbhollen, um an jedem Monatsersten ihren Zinsgeiern den Tribut, den sie sich erhangern müssen, zu entrichten. Es ist eine alte Tatsache: wo Elend sandiger Gast ist, gibt es reichen Kindersegen. Mütter gebären Todgeweihte. Sie haben in ihrem ausgehungerten Körper keinen Tropfen Muttermilch. Aber der Paragraph 144 fordert seinen Tribut an Kinderleichen im ersten Lebensjahre. Die Unterernährung erreicht bei Kindern Ausgesteuerter einen derartigen Grad, daß sie, wenn sie nicht Hungers sterben sollen, in Spitaler und Kinderhelme überführt, für eine regelmäßige Nahrungsaufnahme nicht mehr die Kraft haben und stündlich mit Diatkost ernährt und so vor dem Hungertode gerettet werden müssen, um dann wieder in die Hölle des Hungers zurückgestoßen zu werden.

Nicht viel besser geht es den Kurzarbeitern der Textilindustrie, den Bergarbeitern mit einem Akkordlohn von 36 Schillingen in 14 Tagen und Metallarbeitern in der einge-schrumpften Industrie der Alpenländer. Und immer weiter treibt das Unternehmertum die Lohnrauboffensive. Am Erzberg, in der Gummiindustrie, steht die Arbeiterschaft im Kampfe gegen ein Lohnraubdiiktat; die Alpine, die Kohlenbarone lauern auf einen tickischen Ueberfall der Arbeiterschaft. Die Regierung schwankt, ob sie gleich 70.000 Arbeitslose auf einmal oder einige zehntausende in mehreren Etappen neuerlich aussteuern soll. Mit dem Auslandskapital wird über die Höhe des Tributes für die Schulden der Credit-Anstalt verhandelt und gleichzeitig diktiert die Finanzzollgarchie in Paris, den Bundesangestellten und Eisenbahnern neue Lasten aufzuerlegen, bezw. abzuhauen. Die Unternehmer fordern „Reform“ der sozialen Gesetzgebung und die nationalsozialistische „Dikt“ sekundiert den Wünschen der Unternehmer, indem sie am 3. Juni schreibt:

Zur Lage in Deutschland

Das Gebot der Stunde

Die nächste Etappe im Kampf um den revolutionären Ausweg

Der Wendungsversuch der Parteiführung ist versackt. Von den großen Tönen nach den Aprilniederlagen ist nichts übrig geblieben, als drei winzige Einheitsfrontversuche (Oranienburg, Teltow, Bernau), die sich nicht weiterentwickelten und die selbst zum Zerfall verurteilt sind, wenn sie isoliert bleiben, da die reformistische Bürokratie ihren ganzen Druck auf die drei schwachen Punkte in ihrer Front konzentrieren wird. Das zeigt das Beispiel von Bruchsal in Baden, wo die SPD das in Baden vereinzelte Einheitskartell zerschlägt.

Ebenso stecken geblieben ist der Versuch einer ersten gewerkschaftlichen Wendung. Die Bauarbeiterstreiks zeigen die RGO in isolierten, mutigen, aber zum Großteil ergebnislosen Teilkaktionen, ohne daß ein wirklicher Versuch gemacht wurde, eine einheitliche Kampffront von den Reformisten bis zum Industrieverband herzustellen.

Und schließlich der Kampf für die Erwerbslosen. Er gipfelt in guten Anträgen, die — dem Preuenparlament überreicht werden, um „die SPD und NSDAP zu demaskieren!“ Dabei wächst die Verzweiflung und der Hunger der Erwerbslosen und führt zu den Verzweiflungsausbruchen in Berlin, Hamburg, Zwickau und im ganzen Ruhrgebiet. Tausende Verzweifte gehen auf die Straße, mit dem Muß von Todgeweihten, die nichts mehr zu verlieren haben — aber die Sechs-Millionen-Masse verharrt in starrer, stummer Verzweiflung und Aussichtslosigkeit.

Während unsere hoffnungslosen Bürokraten in der Partei sich ins Faustchen lachen, daß sie nach den Aprilschlagen mit ein bicher Einheitsfront-Ge-stotter die engste Parteimasse wieder teilweise beruhigen konnten, während die entartete reformistische Bürokratie weiter toleriert, weiter kapituliert, und die frühreife SAP-Bürokratie frohligh und seydwewitzig auf einem Fleck tritt — in diesen Tagen und Wochen wachsender Massenerbitterung und Verzweiflung rüsteten die faschistischen Banden zum letzten Sturm, um die proletarischen Hochburgen zu erobern, um mit ihnen lockenden Versprechungen die Arbeitslosen zu fangen und die Arbeitenden einzuschüchtern.

Schon glauben die Herrschenden in Deutschland, das Spiel gewonnen zu haben. Mit drohender Miene mischen sie sich in der immer lauter werdenden Chor der imperialistischen Mächte, die Reichwehrgenerale rasseln mit dem Säbel und erklären ihren eigenen Minister (Groner) als nicht mehr zuverlässig, weil er das Reichsbanner nicht verbot und die „Vaterlandstreue“ der Hitler-Landsknechte in Zweifel zog, polnische und deutsche Chauvinisten werfen einander die Bälle zu und es wird allmählich auch für die Stumpfsten und Gleichgultigsten offenkundig, daß wir nicht nur an der Schwelle des faschistischen Umsturzes im eigenen Lande stehen, sondern daß ein neuer Weltkrieg seine Schatten über Europa wirft, ein Weltkrieg, der sich im fernen Osten bereits entwickelt und als Interventionskrieg gegen die Sowjetunion beginnt, um unmittelbar zur explosiven Ent-

ladung aller internationalen imperialistischen Gegensätze zu führen.

Je stärker der Faschismus in Deutschland wird, je stärker die Aussichten der deutschen Bourgeoisie auf eine erfolgreiche „Generalabrechnung“ mit der Arbeiterklasse werden, umso deutlicher zeigt der deutsche Imperialismus seine Taten; und auf der anderen Seite neigt sich die deutsche Bourgeoisie um so mehr dem Faschismus zu, je offenkundiger es wird, daß nur eine neue Verteilung der Welt eine Verbesserung ihrer Weltstellung bringen kann.

Aus diesem blutigen circulus vitiosus muß die deutsche Arbeiterklasse sich den Weg ins Freie bahnen.

Unsere Partei, die Partei der Kommunisten und der Millionennmassen des revolutionären Proletariats in Deutschland, lat sich von den Ereignissen treiben. Sie spricht von der „Selbständigkeit“ ihrer Politik, aber, ach, diese Selbständigkeit ist nur eingebildet. Unsere Partei verwirft mit Recht die Hoffnung auf die elementare Spontaneität der Massen, aber indem sie sich als nicht fähig erweist, wirkliche und erfolgreiche Massenaktionen zu organisieren, entstehen in ihren Reihen immer wieder die geheimen Hoffnungen, auf irgend ein plötzliches Losbrechen der erbitterten Massen, eine soziale Eruption, durch die die Partei an die Spitze der kämpfenden Massen geschleudert wird. Aber eine Partei, die nicht in den Alltagskampfen bereits das Vertrauen der entscheidenden Teile der Arbeiterklasse erkaempft hat, wird in revolutionären Situationen, die jäh entstehen, und einen hohen Grad der Selbständigkeit in den Aktionen der Massen zeigen, an die Wand gedrückt. Wo war unsere Partei am 13. Juli, beim Bankenkrah? Wo war die kleine, oesterreichische Partei am 13. September 1931 beim Heimwehrputsch in Steiermark, wo war sie bei der grandiosen Massenerhebung der Wiener Arbeiter am 15. Juli 1927? Es ist nicht so, daß revolutionäre Situationen die Partei an die Macht schleudern, sondern in revolutionären Situationen wird nur die kämpfende Partei, die bereits die Massen in Bewegung gesetzt hat und um ihre Führung mit den nichtkommunistischen Richtungen kämpft, zur wirklichen Führerin der Massen.

Von diesen elementaren Grundfragen des revolutionären Marxismus muß man ausgehen, wenn wir die entscheidende Frage, auf die es ankommt, richtig beantworten wollen:

Welche Schritte sind jetzt zu tun, um die Arbeiterklasse in Bewegung zu setzen?

Wir Linken haben bereits seit zwei Jahren einen ganz entscheidenden Schritt vorgeschlagen: **die Bildung der proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus.**

Alles, was wir in diesem Zusammenhang in unserer Presse geschrieben haben, wir brauchen es hier nicht noch einmal zu wiederholen: Heute sind es bereits viele tausende revolutionäre Arbeiter, die die Richtigkeit dieser Linie erkannt haben.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

„Es ist von vielen Seiten darauf hingewiesen worden, daß Oesterreich auf fremde Kosten über seine Verhältnisse lebt, daß es sich den Luxus wahnwitziger sozialer Einrichtungen nicht gestatten darf, und daß die Rettung nur von einer radikalen Einschrankung des Lebensstandards und von der Kapitalbildung kommen kann. Die bürgerlichen Regierungen hatten aber nie den Mut, den Kampf mit den sozialdemokratischen Organisationen aufzunehmen. Man kann es nicht oft genug wiederholen, daß der rote Terror und die malose Verhetzung der Bevölkerung die Hauptursachen unseres wirtschaftlichen Niederganges sind.“

Dieses provozierende Bekenntnis ist die offene Kriegserklärung an die Arbeiterschaft und ganz besonders an die Arbeitslosen. Das ist, auf eine kurze Formel gebracht, das Programm der Nazifaschisten. Wohin wir blickten, der ban-

klrotte Kapitalismus verbreitet Verwüstung, Tod und Verderben. Mord und Verbrechen, Hekatomben von Proletariaten düngen seinen Weg. Menschliches Elend, Hunger, Krankheit wird in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu Profit, zu blendendem Luxus der Herrschenden. Die Säulen des Kapitalismus bersten, die Herrschenden zittern vor der angesammelten Massenemporung gegen dieses Hungerregime, sie zittern vor der proletarischen Revolution, die an Stelle der kapitalistischen Anarchie und Barbarei die sozialistische Planwirtschaft und Kultur setzt, daher ihr letzter Versuch, mit den Söldnern des Faschismus den proletarischen Befreiungskampf in Blut und Barbarei zu ersticken.

Der Alarmruf der „roten Doktoren“, wie sie die Arbeitslosen in den Hungerrevieren nennen, findet taube Ohren

Aber das allein genügt nicht.

Um dem Faschismus einen Damm entgegenzustellen, um ihn zu verhindern, die Verzweiflung der Erwerbslosen für seine konterrevolutionären Zwecke zu mißbrauchen, muß ein wirklich revolutionärer Massenkampf geführt werden,

um der Bourgeoisie Arbeitsmöglichkeiten für das Proletariat abzuräumen.

Nur ein solcher Kampf, der die sechs Millionen Erwerbslosen nicht mit der Hoffnung auf Sowjetdeutschland tröstei, wird das Versinken der Erwerbslosen in ausweglose Verzweiflung verhindern. Jeder Kommunist muß begreifen, daß die Arbeiterklasse nur dann zu den letzten revolutionären Aktionen übergehen wird, wenn sie sich im Verlaufe des Kampfes für Forderungen, die sie für erreichbar hält und deren Durchführung an dem Klassenwiderstand des Kapitals scheitert, überzeugt, daß es keinen anderen Weg gibt, als den der revolutionären Machtergreifung. Nicht um die Diktatur des Proletariats und um der sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft willen, sind die großen Massen den Bolschewiki im Roten Oktober 1917 gefolgt, sondern weil der Weg zum Brot, Frieden und gutsherrlichen Land nur über den 7. November 1917 beschritten werden konnte.

Ebenso wie die Bildung der antifaschistischen Einheitsfront haben wir Linken bereits im Frühjahr 1930 der Partei vorgeschlagen, sie möge den Kampf für Arbeitsmöglichkeiten organisieren, und zwar im den Mittelpunkt ihres Aktionsprogramms die Forderung stellen nach enger

wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Sowjetrußland.

Wir gingen damals davon aus, daß, um ein solches Aktionsprogramm, das hunderten Tausenden Arbeitern Arbeit und Brot verschafft, wirklich große Massen gruppiert werden können. Die Partei hat diesen Kampf nicht geführt, aber die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen jetzt mit unwiderlegbarer Deutlichkeit, wie richtig unser Vorschlag war, und von welcher ungeheurer Bedeutung er werden muß, wenn ihn die Partei aufgreift.

Betrachten wir den deutschen Export im ersten Quartal 1932, so sehen wir folgendes: Die Ausfuhr nach Amerika ist von 284 Millionen Mark (erstes Quartal 1931) auf 150 Millionen gefallen (erstes Quartal 1932). In Europa gestaltete sich der deutsche Absatz wie folgt:

1. Quartal (in Millionen Mark)

	1932	1931
Sowjet-Union	181	129
Niederlande	167	244
Großbritannien	150	262
Frankreich	135	228
Schweiz	125	125
Belgien-Luxemburg	80	124

Die Sprache der Ziffern ist eindeutig. Während der deutsche Absatz überall (ausgenommen die Schweiz) außerordentlich zurückging — insgesamt ging die deutsche Ausfuhr im ersten Quartal 1932 auf 1,6 Milliarden (1931: 2,4 Milliarden) zurück — stieg der Export nach der USSR um mehr als 40 Prozent. Während der Export nach der USSR noch im Jahre 1931 an fünfter Stelle, in Europa an vierter Stelle stand, steht er jetzt an erster Stelle. Insgesamt betrug die deutsche Ausfuhr nach der USSR bereits im Jahre 1931 nicht weniger als 919 Millionen Mark, und zwar betrug sie ungefähr ein Drittel der deutschen Maschinenausfuhr, ein Viertel der deutschen Eisenausfuhr, insgesamt zirka 10 Prozent des deutschen Exports.

Dieser Export nach der USSR könnte noch ungeheurer gesteigert werden.

mindestens auf das Drei- bis Fünffache, denn die sowjetrussische Wirtschaft ist, trotz der raschen Industrialisierung, ein unerschöpflicher Aufnahmemarkt. Um eine Landwirtschaft von 25 Millionen ehemaliger Einzelwirtschaften wirklich dauernd zu kollektivieren, bedarf es einer modernen technischen Ausrüstung, einer Entfaltung der Industrie, der Elektrifizierung und des Transportwesens in gigantischem Ausmaße, ganz zu schweigen von der technischen Ausrüstung, die notwendig ist, um die noch nicht erschlossener Rohstoffvorkommen zu erschließen.

Eine enge, auf Jahre hinaus berechnete und dauernde wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Sowjetrußland und Deutschland ist gewiß erst dann möglich, bis die deutsche Arbeiterklasse Herr im eigenen Lande ist. Das ist für jeden Kommunisten eine Binsenwahrheit, und Lloyd George hatte teilweise recht, als er im Juli 1931 in der Wiener „Neuen Freien Presse“ schrieb:

„Rußland hat unerschöpfliche Hilfsmittel in seinem Boden und in seinen ungeheuren und lebenskräftigen Volksmassen. Deutschland wieder besitzt genug Erfahrungen, Fähigkeiten und Geschick, um den natürlichen Reichtum Rußlands auszubenten. Beide Länder zusammen würden eine machtvolle Kombination ergeben...“

Setzen wir zu dem Wort „Deutschland“ noch das kleine, aber nicht unwichtige Wörtchen „sozialistisches“, so hat der alte britische Fuchs völlig recht.

Aber wir müssen nicht auf diesen Zeitpunkt warten, sondern die deutsche Arbeiterklasse kann heute bereits durch einen entschiedenen revolutionären Massenruck der Bourgeoisie zwingen, in einem ganz anderen Tempo und Umfange die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der USSR durchzuführen, als sie es heute tut.

Warum tut sie es nicht freiwillig?

Dafür sind drei Gründe maßgebend: Erstens bedarf eine wirklich großzügige wirtschaftliche Zu-

sammenarbeit eine völlige Veränderung der deutschen Handelspolitik. Um Waren für 3 bis 4 Milliarden in die USSR zu exportieren, bedarf es einer gewaltigen Steigerung der deutschen Einfuhr aus der USSR.

Heute deckt Deutschland z. B. mit einem Teil seines Weizenbedarfes in der USSR ungefähr nur ein Zehntel von dem, was vor dem Krieg an Weizen aus Rußland bezogen wurde. Die Politik der Ausdehnung des deutschen Einflusses am Balkan bestimmt weitgehend die deutsche Getreidepolitik gegenüber Rumänien, Jugoslawien usw.

Der deutsche Getreide-, Naphtha-, Erz- und Holzbedarf könnte noch bedeutend auf dem russischen Markte gedeckt werden.

Zweitens aber erfordert eine großzügige Steigerung des Rußlandexports eine Kreditierung dieses Exportes, und die deutsche Bourgeoisie müßte ihre Gelder, die sie ins Ausland flüchten ließ, zu einem Teil mobil machen, da sie selbst keine ausländischen Kredite hereinbekommt.

Drittens schreckt die deutsche Bourgeoisie, die politisch den Untergang des Sowjets erhofft, vor dem Risiko zurück, Kapital in großem Umfange in dem USSR-Export anzulegen.

Was bedeutet die wirtschaftliche Zusammenarbeit für das Proletariat?

Würde es gelingen, daß das gesamte deutsche Proletariat die Notwendigkeit erkennt, die Bourgeoisie zu zwingen, einen Wirtschaftsplan durchzuführen, den die deutschen Arbeitergewerkschaften gemeinsam mit den russischen Gewerkschaften ausarbeiten, so wäre es möglich, für ungefähr

1 Million deutscher Arbeiter Arbeit für Jahre zu beschaffen.

Ein solcher Plan ist tausendmal realer, als der jammervolle Arbeitsbeschaffungsplan des „Krisenkongresses“ des ADGB, der Siedlungsarbeiten, Reichsbahnaufträge usw. vorsieht. Der Plan des ADGB müßte durch einen „Arbeitsbeschaffungsplan der Bauarbeiter“ ersetzt werden, da diese Arbeiterkategorie, die von der Krise am meisten betroffen ist, durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der USSR keine fühlbare Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten erwarten kann.

Woher die Kapitalien nehmen?

Der Krisenkonferenz des ADGB hat sich auf dem Standpunkt Woytynskys gestellt und die Finanzierung seines Arbeitsbeschaffungsplanes durch eine entsprechende Anleihe gefordert, die natürlich bei den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt niemals untergebracht werden kann, und darum durch die „Notenpresse“, d. h. inflationistisch durch Vermehrung des Notenumlaufes gedeckt werden soll. Eine solche Finanzierung würde die Inflation bedeuten und muß daher prinzipiell abgelehnt werden, denn die Inflation ist unter allen Umständen verschärfte Ausbeutung des Proletariats.

So geht es also nicht. Andererseits jammert die deutsche Bourgeoisie über ihre „Kapitalsarmut“, die ihr eine größere Kreditpolitik im Rußlandexport unmöglich mache, und sie verweist klagend auf die 4 bis 5 Milliarden kurzfristigen Anleihen, die nach dem 14. September 1930 aus Deutschland von ausländischen Gläubigern zurückgezogen wurden.

Also gibt es doch keinen anderen Weg als den der „künstlichen Kreditstärkung“ durch inflationistische Schritte, wie sie Tarnow-Woytynsky befürwortet? Natürlich gibt es solche Wege. Nur sind es nicht Wege, die der deutschen Bourgeoisie genehm sind, sondern solche, die nur im außerparlamentarischen Massenkampf erzwungen werden können. Wir wollen nur die wichtigsten aufzeigen:

- a) Beschlagnahme nur eines Bruchteils der im Ausland gefälschten deutschen Kapitalien.
- b) Zwangsanleihe bei den Großkapitalisten.
- c) Einstellung der Fürstenentschuldigungen, der hohen Pensionen, der Panzerkreuzerrenten.

Auf diesem Wege könnten mehr Milliarden aufgebracht werden, als der Rußland-Export erfordert.

Rückwirkungen auf das Dorf.

Heute befinden sich die entscheidenden Teile des Dorfes in der Hand des Faschismus. Die Aktionsunfähigkeit und Schwäche des industriellen Proletariats hat das Kleinbürgertum, insbesondere das bäuerliche, dem Faschismus zugetrieben. Heute hetzt der Faschismus das Dorf gegen das Proletariat, „gegen das bezahlte Müßiggängertum“, gegen die Sowjetunion, die angeblich die landwirtschaftlichen Preise ruiniert.

Heute folgen ihm die bäuerlichen Massen im hellen Scharen, denn die Spottpreise, die sie für die landwirtschaftlichen Produkte erhalten, die Unmöglichkeit, ihre Produkte abzusetzen, treibt sie zur Verzweiflung.

Das Proletariat, das sich zum Kampfe für Arbeit und Brot sammelt, das seinen Willen kundtut, sich die Arbeit zu erkämpfen, und sich nicht vom Faschismus niederschlagen zu lassen, wird das verzweifte Klein- und mittlere Bauertum mit neuen Hoffnungen erfüllen. Es wird nicht schwer sein, den arbeitenden Bauern zu beweisen, daß sie bessere Preise nur dann erzielen können, wenn der proletarische Konsum steigt. Eine Million Arbeiter mehr im Produktionsprozeß — das wirkt gewaltig auf den Absatz an landwirtschaftlichen Produkten zurück.

Der arbeitende Bauer wird erkennen: die Republik der Arbeiter und Bauern im Osten drückt nicht seine Preise, sondern sie hebt sie, denn nur sie gibt den deutschen Arbeitern große Arbeitsmöglichkeiten,

bei den Herrschenden, für die die Ausgaben für die industrielle Reservearmee nur ein Passivkonto in der Bilanz sind. Der Versuch der Vernichtung dieses ständig bedrohlichen Herdes sozialer Eruptionen ist vom Standpunkt der Herrschenden zwar eine gefährliche, aber notwendige Aufgabe. Daher ist das erbärmliche Gewinsel der verantwortlichen Führer des Proletariats, der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaftsbürokratie, um die Fragen der Arbeitslosen und Ausgesteuerten alles eher, nur keine ernste Absicht, dem Vernichtungskurs der Bourgeoisie Einhalt zu gebieten. Der Ruf nach Notopfer der Allgemeinheit zugunsten der Arbeitslosen ist nichts anderes als ein erbärmlicher Appell an die „öffentliche Wohltätigkeit“, wo der Appell an die revolutionäre Energie, an die Klassensolidarität des Proletariats zum Kampfe gegen den Vernichtungsfeldzug der Herrschenden als der einzige Ausweg für das Proletariat am Platze wäre. Mit Notopfer ist der Hungerkurs und der faschistische Vernichtungsfeldzug der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft nicht aufzuhalten, geschweige denn der Hunger der Ausgesteuerten zu lindern. Jeder Schritt in dieser Richtung ist Verrat an den proletarischen Klasseninteressen. Jedes weitere Verharren auf diesem Kurs der Almosensbittlerei verschlimmert nur die Lage des Proletariats, ermutigt die Bourgeoisie, neue Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen und die verhaßten „sozialen Lasten“ zu streichen, und bahnt der faschistischen Demagogie den Weg in die verzweifelte Massen.

Entweder das Proletariat formuliert seine Klasseninteressen als die Interessen der Nation oder aber die Bourgeoisie wird ihre Klassenherrschaft mit den Mitteln des blutigen Faschismus für Jahrzehnte stabilisieren.

Wohltätigkeit, soziale Reformen und Hilfe aus öffentlichen Mitteln waren seit jeher die erzwungenen oder freiwilligen sozialen Unkosten der bürgerlichen Gesellschaft. Der revolutionäre Marxismus bezeichnete die sozialen Reformen als die Nebenprodukte des proletarischen Befreiungskampfes. Heute sind mehr als jemals die reformistischen Appelle an das soziale Gewissen der Herrschenden leerer Wahn, Selbstbetrug und Ablenkung des Proletariats von seinen Klasseninteressen und seiner historischen Mission als Totengräber des Kapitalismus.

Es geht nicht nur um Verhungern oder Nichtverhungern Zehnt- und Hunderttausender, es geht um das Sein der ganzen Klasse des Proletariats, seine Organisationen, angefangen vom Sport- und Konsumverein bis zu seiner revolutionären Partei, es geht um das Recht der Arbeiter, sich als Klasse im Staate zu konstituieren, seine Interessen vermittels der Arbeiterdemokratie zu formulieren und zu vertreten, es geht um das Koalitionsrecht, das Recht zum gewerkschaftlichen Kampf bis zum Streik.

Nicht der Appell an das soziale Gewissen der Bourgeoisie kann die Forderung des Tages sein, sondern der Kampf um das Recht zu leben. Der Weg der Sozialdemokratie seit August 1914 führt das Proletariat von Niederlage zu Niederlage. Historisch gesehen war das Verbrechen der Sozialdemokratie 1918—19 noch größer als 1914 und wird, wenn sie ihre Politik ungeändert von der KPOe fortsetzen kann, 1932 oder 33 noch größer sein als 1918—19, 1914 kapituliert die SP vor dem hohenzollerisch-habsburgischen Militarismus und führte das Proletariat im Namen des Vaterlandes in das Blutbad des Weltkrieges; 1918—19 kapituliert die SP zugunsten der bürgerlichen Demokratie vor der Bourgeoisie und verriet die proletarische Revolution, den Sozialismus gegen ein paar soziale Reformen und das allgemeine geheime Wahlrecht; und 1932—33 kapituliert sie vor dem bankrotten, aber in der bürgerlichen Demokratie politisch wieder erstarkten Kapitalismus und ebnet dem Faschismus den Weg zur Macht, dessen Opfer sie selbst sein wird. Noch hat das Proletariat das entscheidende Wort.

Das Recht zu leben, der Kampf um Arbeit und Brot ist keine parlamentarische Angelegenheit, dieser Kampf wird immer mehr zur Achse der proletarischen Politik und Strategie. Mit diesem Kampfe aufs engste verbunden ist der Kampf gegen den drohenden imperialistischen Überfall auf die Sowjetunion und den imperialistischen Krieg überhaupt. Krieg gegen die Sowjetunion, ist Krieg gegen das Weltproletariat. Der proletarische Aufbau der Sowjetunion ist ein Teil der Kraft der internationalen Arbeiterklasse. Der Sieg über den Faschismus ist die Voraussetzung zum Siege des internationalen Sozialismus. Daher ist die Verkündung der wirtschaftlichen Interessen des mitteleuropäischen Proletariats, das im Entscheidungskampfe mit dem Faschismus steht, mit den Interessen und Bedürfnissen des proletarischen Aufbaues im sozialistischen Sowjetrußland ein Gebot der Stunde. Die Sowjetunion ist in der Lage, ganze Industriezweige Oesterreichs (z. B. Elektro-, Lokomotiv- und Maschinenindustrie) mit Aufträgen für den planwirtschaftlichen Aufbau zu versorgen, wenn Oesterreich die Mittel aufbringt, um diese Aufträge zu finanzieren, bzw. seinen Import aus der Sowjetunion steigert. Dazu ist notwendig eine grundlegende Wendung in der Wirtschaftspolitik Oesterreichs, die die Arbeiterschaft im revolutionären Kampfe erzwingen muß. Nicht Almosen brauchen wir erbettelt, sondern nur uns das Recht auf Arbeit und Brot erkämpfen. Ein Wirtschaftsbandnis mit der Sowjetunion brächte für hunderttausend Arbeit und Brot und würde, ergänzt durch Elektrifizierung der Bahnen usw., auch die restlichen Arbeitslosen direkt und indirekt mit Arbeit versorgen. Das erfordert aber, daß die Arbeiterschaft der Bourgeoisie den antirussischen Kurs abrotzt und durch radikale Eingriffe in das Vermögen der Kirche und die Bankpolitik die nötigen Mittel flüssig macht, die zur Beschaffung von Arbeit und Brot nötig sind.

Wie lange noch wird die stalinistische Bürokratie zögern? Wann endlich wird sie diesen Weg zur proletarischen Einheitsfront beschreiten? Es ist keine Zeit zu verlieren. Parteigenossen, unterstützt unseren Kampf zur Schaffung einer engen Interessengemeinschaft zwischen dem österreichischen Proletariat und der Sowjetunion unter der Losung:

Für Arbeit und Brot!

jenen Arbeiter, die die Verbraucher seiner Produktion sind.

Durchkreuzung der imperialistischen Massenverhetzung gegen die Sowjetrepublik.

Ihr wißt: Begonnen hat es mit der Hetze gegen das Sowjet-Dumping im Jahre 1930. Heute jöhlen Hitlers Laubburschen durch die Dörfer: „Wir ersticken im engen Raum, Mehr Land, mehr Raum!“ Und sie fügen hinzu, je mehr sie sich der Macht nähern, je tiefer ihnen die Achtung vor den französischen Tanks in die Knochen fährt: „Drüben im Osten, da ist Raum, ist schwarze Erde, ist Land und Boden für euch!“

So stoßen sie das Dorf, den jungen Kleinbürger in der Stadt, den Proletarierjungen, der noch nie in der Fabrik war und noch nicht in der Solidarität des Kampfes seiner Klasse gestählt ist, in den antisowjetischen Chauvinismus.

Morgen, wenn die gesammelte Arbeiterklasse darum kämpft, daß die Tore der Fabriken sich öffnen, damit ratternde Traktoren, komplizierte elektrische Maschinen, Werkzeugmaschinen und Chemikalien den Weg nach der Sowjetrepublik antreten, morgen werden sie alle nachdenklicher werden, die Halbproletarier und Proletarier, die sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, zum Kriege gegen die Sowjetrepublik anzutreten.

Und wollen sie doch, die Herren, die uns kommandieren und ausbeuten, den „heiligen Krieg“ wagen, nun, sie werden es dann zu spüren bekommen, daß diese Massen begriffen haben, daß die USSR nicht ihr Feind ist.

Die nächsten Schritte, auf die es ankommt.

Um drei Grundfragen muß sich die Einheitsfront des Proletariats bilden:

„Für Arbeit und Brot durch das Wirtschaftsblutbildnis mit der Sowjetrepublik.“

„Für die Verteidigung aller Arbeiterorganisationen gegen den Faschismus durch gemeinsame Kampfabschlüsse.“

„Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern.“

Die Kommunisten und die revolutionären Gewerkschaften müssen die Initiative ergreifen. Sie müssen die Massen aufreithen, sie müssen die Massen in den sozialdemokratischen und reformistischen Organisationen in Bewegung setzen; werden sich die Reformisten trotz des Massendrucks weigern, nun, so werden ihre eigenen Massen sie im Stiche lassen.

Man komme uns nicht mit der dummen Ausrufe, eine solche Einheitsfront sei nicht „revolutionär“. 1926, in der friedlich plätschernden Stabilisierungszeit, war es möglich, für das bescheidenere Ziel der Fürstenabfindung sich mit den Reformisten an einen Tisch zu setzen!

Und heute, wo es um das Schicksal unserer gesamten Arbeiterbewegung geht, soll es nur revolutionär sein, wenn Thälmann seine Sprüchlein aufspricht, daß die „Generallinie richtig“ und die SPD „die Partei der Sozialfaschisten“ sei und daß man mit Faschisten, gleichgültig, ob Sozial- oder Nationalfaschisten, nicht Einheitsfront machen kann?

Nein, Genossen, so geht es nicht. Man muß den Mut haben, neue Wege zu gehen, man muß die Arbeiterklasse endlich für solche Ziele in Bewegung setzen, für die sie heute bereits gewillt ist, den Kampf aufzunehmen.

Zehn Millionen deutsche Arbeiter, die auf dem Boden, den wir hier urmüssen haben, bereit sind zu kämpfen, zu demonstrieren, sich in die Schanze zu schlagen, das bringt uns der Revolution in Deutschland näher, als die ganze untaugliche Philosophie; darüber, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nicht kämpfen wollen — weil sie noch nicht bereit sind, für die proletarische Diktatur zu kämpfen. Morgen, wenn sie im Kampf um den Arbeitsplatz, für den Rußlandexport, auf den Widerstand des Kapitals und des bürgerlichen Staates stoßen werden, werden sie der proletarischen Revolution näher kommen, morgen, wenn wir mit ihnen gemeinsam die Hitler-Banden zum Teufel jagen, die uns bedrohen, dieses Morgen gilt es heute vorzubereiten, denn es wird die Morgendämmerung der proletarischen Revolution sein.

„an bezirkliche ADOB-Führungen oder sonstige Instanzen der reformistischen Bürokratie“ als Opportunismus und konterrevolutionären Trotzkismus verdammten müssen. Aber man staune, es kam anders.

Man sagt, die Stalinbürokraten haben keine Selbständigkeit. Das stimmt, bis auf die Selbständigkeit im Abschreiben, verbunden mit einer geradezu byzantinischen Ergebenheit im richtigen Abschreiben. Und das ist bei den jeweilig in Zirkularen mitgeteilten Wendungen der Generallinie nicht so einfach. Aber diesmal haben es unsere Schüller in der „R. F.“ getroffen. Und diesmal waren sie bei der Alternative: „Wie sag' ich's meinem Kinde!“, den jungen Kadern, daß eine neue Wendung von Moskau gekommen ist, ohne daß sie es merken, nicht verlegen.

Und so überbietet die „R. F.“ die „A. Z.“ noch an Diplomatie, obgleich diese gestelgte Diplomatie von weitem ihren Pferdefuß zur Schau trägt. Uebrigens hat sie ja keinen andern Zweck, als die jungen Kadern wieder einmal zu wenden. Und die „R. F.“ schlägt der SP vor, die Referenten der KP in die SP-Organisationen und umgekehrt die Referenten der SP in die KP-Organisationen einzuladen, „um dort zu diskutieren, wie der Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse geführt werden muß“.

Also mit den „Sozialfaschisten“ diskutieren über den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus? Wir bezweifeln sehr, ob die SP-Führer auf diese einfältige Form hineinfallen und der Stalinbürokratie den Weg zu den Massen, den sie sich total versperrt hat, öffnen werden. Aber, mit Verlaub, ihr Bürokraten Stalinischer Prägung, warum sagt ihr den Parteigenossen nicht, daß euch der Bankrott der „roten Einheitsfront“ veranlaßt, neue Manöver zu versuchen? Warum sagt ihr den Genossen nicht, daß zwischen der Politik des ZK der KPD vor dem 10. April und nach dem 10. April ein Unterschied besteht? Der bekannte Aufruf besagt:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.“

Wir wissen, daß diese Worte weit entfernt sind von einer grundlegenden ideologischen und politischen Wendung, aber diese Worte sind eine Bresche in die Politik der „roten Einheitsfront“. Eine wirkliche Wendung setzt voraus die Rückkehr zu den Lehren Lenins, die schoungelose Zerstörung der Generallinie und die ideologische Wiedergeburt der Komintern auf der Basis des Marxismus-Leninismus. Und diese Wendung kann nur von unten kommen, von der Parteimitgliedschaft, die sich um das Banner der linken Opposition schart.

Parteigenossen!

Unsere Partei befindet sich in offener Zersetzung. Die einen wandern zurück zur SP, die anderen werden passiv und nicht unbeträchtliche Teile gehen zu den Nazi. Die Partei ist ein Durchhaus für alles, aber nur keine leninische Kampfpartei. So weit hat es die Generallinie des Stalin-Kurses gebracht.

Was die Partei heute tut, lehrt und propagiert, ist eine böswillige Karikatur auf den Kommunismus. Die Politik und Taktik der Koptenigs-Schiller-Hexmann-Benedikt ist Wasser auf die Mühle der SP-Führer. Die Generallinie, die mit bürokratischem Prestige trotz ihres wiederholten Bankrotts mit einer schändlichen Umwertung ihrer Lösungen aufrechterhalten wird, hat die Partei am Vorabend der revolutionären Krise in einen ideologischen und organisatorischen Trümmerhaufen verwandelt. Die Isolierung der Partei von den entscheidenden Schichten der Arbeiterschaft verschärft sich, trotz der günstigen und den Kommunismus rechtfertigenden objektiven Verhältnisse.

Die zentralistische Parteibürokratie, die Stalinfraktion, hat in der Partei den Ausnahmezustand geschaffen. Sie fühlt, ihre letzte Stunde hat geschlagen. Ehe sie aber freiwillig abtritt, zerschlägt sie die letzten Reste der Partei. Einer ihrer fanatisierten, größtenteils erst kürzlich zur Partei gekommenen, von der Phraseninfektion der zentralistischen Generallinie politisch gesaugten, sogenannten „jungen Kadern“, sprengte am 6. Juni eine Versammlung der Linksoption in Favoriten, die von mehr als 40 Parteimitgliedern besucht war. Faustschläge, Schimpfworte und erschreckende Unwissenheit über die Grundfragen des Kommunismus zeichneten diese Terrorgarde der bankrotten Stalinfraktion aus. Sie haben nicht den Mut, sich mit geistigen Waffen mit uns linken Kommunisten, die in der Schule Lenins zum Kommunismus erzogen wurden, sachlich auseinanderzusetzen. Da-

mit demonstriert die bankrotte Parteibürokratie ihre innere Schwäche, ihren Bankrott und ihre Ohnmacht.

Genossen! Jetzt erst recht. Entweder die Linksoption siegt in der Partei und führt die Partei zu den Lehren Lenins zurück, oder die Partei wird zur Beute des Faschismus!

Genossen! Duldet nicht länger die wüsten Verleumdungen, Lügen und Verbrechen der Stalinfraktion. Macht Schluß mit der Trotzkhetzel! Schließt euch der Linksoption (Mahnrotgruppe) an und kämpft mit uns um die Aufnahme in die Partei, von der wir wegen unserer leninischen Gesinnung von den Revolutionsbeamten Stalins ausgeschlossen wurden. Die KP muß von Grund auf reformiert werden. Nehmt mit uns die Verbindung auf und helft uns in allen Bezirken Wiens Diskussionsabende zu organisieren. Es ist keine Zeit zu verlieren. Nicht abwarten, sondern die Oesundung der Partei erkämpfen, das ist das Gebot der Stunde. Macht Schluß mit jenen untauglichen Mitteln und Methoden, mit denen das ZK gegen die Sozialdemokratie kämpft. Die Theorie vom „Sozialfaschismus“, der ROO-Kurs, die „rote Einheitsfront“ und der „Nationalkommunismus“, das sind nicht Waffen, die den Reformismus, die Sozialdemokratie, zersetzen, sondern Waffen, die sich gegen die KP richten, die unsere eigene Partei in Grund und Boden stampfen. Kämpft um das Grundrecht jedes Parteimitgliedes, in der Partei seine Meinung sagen zu dürfen, ohne als Konterrevolutionär beschimpft und ausgeschlossen zu werden. Kämpft um die Arbeiterdemokratie!

Für die Rettung der KPO!

Für die proletarische Einheitsfront!

Für den Leninismus, gegen den Stalinismus!

Für die Sowjetunion durch die Tat!

Für die linke Opposition (Bolschewik-Leninisten)!

Einheitsfront oder Manöver?

Am Sonntag, den 12. Juli veröffentlichte die „A. Z.“ eine diplomatische Note — so muß man diesen Artikel bezeichnen — an die Kominternführung, in der sie ein „ehliches Kampfbündnis“ zwischen SPD und KPD vor schlägt. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Wels und Breitscheid ebenso bereit sind, den französischen Sozialisten ein Wahlbündnis mit den Kommunisten vorzuschlagen, wie Otto Bauer eine politische Ehe zwischen SP und KP in Deutschland empfiehlt, aber in Oesterreich von der Einheitsfront nichts wissen will. Es sei auch gesagt, daß auf der Basis der „A. Z.“, die einen parlamentarischen Block von Thälmann bis Brüning vorschlägt, davon keine Rede sein kann. Denn dieser parlamentarische Block von Wels bis Brüning war ja die Basis der Müllerregierung und der darauffolgenden Tolerierung des Brüning'schen Notverordnungsregimes, das bekanntlich vorläufig von Generals- und Junkerregierung abgelöst wurde. Ein „ehliches Kampfbündnis“ kann nur auf außerparlamentarischer Grundlage entstehen und nur ein solches ist eine Garantie im Kampfe gegen den Faschismus. Damit soll nicht gesagt werden, daß das Proletariat die gelegentlichen Differenzen im Lager der Bourgeoisie nicht ausnutzen soll, um dem Faschismus den Weg zur Macht mit allen Mitteln zu verrammen. Aber heute in Deutschland auf der Basis: „Es gilt zunächst den Boden der Demokratie zu verteidigen“, einen Block mit der SP zu bilden, heißt, Tote zum Leben erwecken wollen. Die deutsche Demokratie ist bereits begraben. Es gilt jetzt vor allem, die proletarische Demokratie gegen den faschistischen Ansturm zu verteidigen. Die einzige mögliche Verteidigung aber ist in dieser Situation

die Vorbereitung zum Angriff zur Niederwerfung des Faschismus, die Proklamierung des Proletariats als herrschende Klasse. Der Sieg über den Faschismus führt über den roten Oktober. Eine andere Lösung wäre nur der Sieg des Faschismus.

Aber die SP-Führung ist noch immer nicht bereit, ihr Bündnis mit der „demokratischen“ Bourgeoisie aufzugeben. Sie sucht bei dieser Deckung und dieses Angebot an die Kommunisten ist nur ein diplomatisches Manöver, um die Schuld von sich auf die Kommunisten abzuwälzen.

Kann die SP-Bourgeoisie die proletarische Einheitsfront nicht wollen — so will sie die KP-Bürokratie sie nicht können. Wir Linke haben uns nie einer Illusion darüber hingegeben, daß die SP-Bourgeoisie freiwillig zur proletarischen Kampfeinheit unter Verzicht ihrer Verbundenheit mit der Bourgeoisie eingehen werden. In dieser Illusion schwelgte bekanntlich der stalinistische Rechtskurs bis 1928 (Anglorussisches Komitee). Wir haben immer darauf verwiesen, daß die SP-Führer in Zeiten großer sozialer Erschütterungen unter dem Druck der Massen (dessen Stärke hauptsächlich von der Politik und Taktik der Komm. Parteien abhängig ist) zeitweilig von der Bourgeoisie abschwenken, um sich nachher als um so unentbehrlichere Stütze zu erweisen. Aber gerade in solchen Episoden lernen die Massen durch die Erfahrung den wahren Charakter der SP-Führer kennen.

Wie antwortet nun unser ZK auf das Angebot der „A. Z.“? Nach der Walze „Rote Einheitsfront“ hätte es konsequenterweise antworten müssen: Mit „Sozialfaschisten“ gibt es keine Einheitsfront. Und gemäß der im Dezember-Jänner herrschenden offiziell vorgeschriebenen Meinung hätte es im Sinne des Theoretikers Thälmann ein Herantreten

Was uns Arbeiter schreiben.

Den Arbeitslosen und Ausgesteuerten geht's heut' net so schlecht ...

Am 1. Juni d. J., gegen 6 Uhr abends, klopfte es an der Türe des Arbeitslosen O. St. Als er öffnete, sah er die Hausbesitzerin Josefine Fiedler vor sich, und als er nach Begeh fragte, forderte sie den Zins von 45 S ein. Der Arbeitslose sagte, heute habe er das Geld nicht und es sei ja der Erste und nicht der Zweite des Monats, da sie ja immer sagte, „längstens am Zweiten muß der Zins bezahlt werden, da ich ja am Dritten das Geld in die Bank tragen muß.“ (Diese menschenfreundliche Seele zahlt nämlich, wie so viele andere, mit dem Zinsgeld der armen Teufel von Parteien ihr Haus ab.) Darauf Frau Fiedler: „Wenn Sie es heut' nicht haben, wir werden Sie es dem morgen zahlen, schau'n S', das geht net, i muß ihnen kündigen, müßt's euch halt was anderes suchen.“ Der Arbeitslose sagte ihr, sie müssen den heutigen schweren wirtschaftlichen Verhältnisse Rechnung tragen und speziell gegen einen Arbeitslosen Rücksicht haben. Er selbst habe nur mehr eine kurze Hose, sonst nichts mehr zum anziehen und könne sich für seine 3 Kinder kaum mehr den einen Liter Milch pro Tag kaufen, er und seine Frau litten ohnedies Hunger. Auch die Frau des Arbeitslosen klagte das Elend und so entspann sich ein kleiner Wortwechsel, in dessen Verlauf Frau Fiedler wortwörtlich sagte: „Ihr seid's ja noch junge Leut' und habt's ja noch nichts mitgemacht und so schlecht ist's heut' net trotz der Arbeitslosigkeit, den Arbeitslosen und Ausgesteuerten geht's ganz gut, es geht ihnen net schlecht, die Zeiten früher waren viel schlechter.“ So spricht die christlich-soziale Frau Josefine Fiedler in Graz, Frankergasse 36, deren Sohn selbst stempeln geht. Die Aussteuerungen aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.

Aus Graz wird uns berichtet:

Bis Ende Juni 1932 werden 6—7000 Ausgesteuerte sein. Die Unterstützung hat man denjenigen gegeben, die wegen zu langen Bezuges ausgesteuert wurden. Die IBK und die Regierung haben sehr schlaue spekuliert, man hat die NA unter dem Druck der Arbeiterschaft für die im Monat Mai 1932 Ausgesteuerten verlängert, aber von allen, denen man in den Monaten Jänner, Februar, März und April 1932 die NA raubte, nahm man keine Notiz. Die Freie Gewerkschaft, die proletarischen Organisationen, haben den Kampf nicht gewagt, um für alle Ausgesteuerten die Verlängerung zu fordern. Man hat einen Teil der Arbeitslosen, der Ausgesteuerten, nur vorübergehend zu beruhigen versucht. Die Aussteuerungen werden unvermindert im Monat Juni vollzogen und durchgeführt. Die KP versagt in diesem Kampfe der Arbeitslosen vollkommen. Die von der Partei beeinflussten Massenkundgebungen sind schlecht besucht. Ein Beispiel: Am 1. Juni 1932 waren 1500 gekommen, am 8. Juni 4—500 und am 15. Juni nur mehr 200—250 Arbeitslose. Die Arbeitslosen sagen: „Was wollen die paar Hundert machen?“ „Wir müssen einheitlich vorgehen mit der Gewerkschaft“ usw. Die freien Gewerkschaften müssen gezwungen werden, den Kampf gegen die Massenausteuerungen zu führen.

Freigewerkschaftler, Sozialdemokratische Arbeiter, fordert und verlangt die Organisation einer gewaltigen Demonstration.

Nur im gemeinsamen, einheitlichen Kampfe wird es

möglich werden, gegen die Massenaussteuerungen, gegen die Einführung der „freiwilligen Arbeitsdienstpflicht“ mit Erfolg zu kämpfen.

Richtigstellung

Durch eine Kette von Umständen erschien in unserer letzten Nummer des „Mahnruf“ ein verstümmelter Artikel, der Zustände im Grazer Marienkloster irrtümlich — wie aus der ganzen Polemik hervorgeht — ins Landeskrankenhaus verlegte. Wir bringen daher diesen Artikel mit seinem richtigen und vollständigen Text wieder:

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“

In der Hoffnung auf das Jenseits im Himmel, bei Gott, glauben diese Christuskinder, im Diesseits ihre Mitmenschen, das Proletariat, aufs brutale ausbeuten zu können.

Da müssen Mädels im Grazer Marienkloster als Wäscherinnen den ganzen Tag hindurch schuften, von 5 Uhr früh bis halb 8 Uhr abends und jeden Montag von 2 Uhr früh bis halb 8 Uhr abends.

Für diese schwere Arbeit und lange Arbeitszeit bekommen die Wäscherinnen im Monat S 20.— ausbezahlt. Auch gibt es am Sonntag keinen Ausgang. Die Kohlen müssen die Mädels selbst zuführen in die Waschküche.

Auf Stunden gerechnet, bekommt eine Wäscherin pro Stunde 5/2 Groschen. Diese mörderische Ausbeutung der Mädels übergibt man, indem man sie aufs Jenseits verströlet. Die Wäschermädel haben aber ein Anrecht, auch „Diesseits“ zu leben.

Und die Klosterschwester, für die unsere Arbeitermädel um diesen Hungerlohn sich abrackern müssen, beziehen im Landeskrankenhaus Gehälter von S 80.— bis S 180.— im Monat. Diese Gehälter werden der Klosterverwaltung zur Gänze abgebührt und als Klostervermögen aus öffentlichen Mitteln angehäuft. Warum wäscht sich die schwarze Klosterbrut nicht selbst den Dreck? Es ist eben viel profitabler, im Krankenhaus aus öffentlichen Mitteln Gehälter zu beziehen, die Kranken mit dem Rosenkranz „pflegen“ und im Kloster arme Proletariermädel um S 20.— auf das schändlichste auszubeten.

So sieht die christliche Nächstenliebe aus. Die Parole muß für jeden denkenden Arbeiter und jede Arbeiterin sein: Heraus aus der Ausbeuter- und Heilmwehrkirche. Schluß mit dieser Lohnsklaverei!

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in **Graz im Osthaus Volksgarten, Siegmundplatz 1**, ein Diskussionsabend statt.

Tagesordnung:

Die Militärdiktatur in Deutschland.

Gewünscht! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

Preßfondausweis

Finanz: S 65.30, Voitsberg S 2.40, Straßenkolportage S 3.—, N. N. in kleinen Beträgen S 32.82, Baustein für „U“ 3.60, Rabitsch 3.60, Ruppitsch 2.—, Cech 5.50, Louisl 5.80, Primer 1.70, Frühlich 5.—, Oreiner 2.30, Horwatits 1.80, Heerer —30, Kiefer 2.—, Lenz 1.—, Ratschöl —20, Reisinger 1.70, Meißbichler —35, Heinrich Jul. 1.—, Her. 1.06, Reinisch 1.—, Polack —30, Steger —20, Scharl —40, Schlicher —20, Ullry —30, Klemen. —35, Brandner —80, Kollar 1.—, Perli 1.—, Bauer 1.—, Steingruber 1.—, Gustl 1.80, Simmerl 1.10, Patzelt —18, Scheucher —30, Beck —58, Max —50, Hert. 2.08, Schrottauer —60, Gsellm. —40, Pichler —50, Regar 20, Leuk —30, Luttenberger —30, Strang —40, Rath R. —80, Derler —35, Höller —88, Schlacher —20, zusammen 54.33. Finanz 65.30, Voitsberg 2.40, Straßenkolportage 3.—, N. N. in kleinen Beträgen 32.82, Bausteine für „Mahnruf“ 3.60, von den Genossen 54.33, Insgesamt S 161.45.

Wiener Abonnenten

des „Mahnruf“, die das Abonnement für den Mahnruf noch nicht eingesendet haben, mögen sofort das Geld für das 2. Viertel Jahr 1932 mittels Erlagschein einsenden, wir brauchen jeden Groschen dringend.

Arbeitslose! Betriebsarbeiter! Werdet Arbeiterkorrespondenten, Hefert Berichte von den Stempelstellen und aus euren Betrieben über die Tages- und Lohnfragen.

Appel

Leser des „Mahnruf“, spendet Kampf- und Preßfonds. Heilt mit, Abonnenten werden.

Leser des „Mahnruf“, tretet der Linken Opposition (Mahnrufgruppe) bei. Beitrittsklärungen sind bei den Genossen Koch, Finkengasse 3/1.

Leset die Broschüre:

„Probleme der Entwicklung der USSR.“ von Leo Trotzki

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gatergasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linkenopposition.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Tabakstraße 52 b.

Tragikomödie um Frey

Die „Arbeiterstimme“, Nr. 103, vom Juni 1932, veröffentlicht folgende Notiz:

„Ausschluß. Erich Kernmayr (Eggenberg) wurde von der Bezirksleitung Graz wegen unproletarischen Vernaltens und Schädigung der Organisation ausgeschlossen. Die Oppositionsleitung hat Berthold Grad (Wien III) wegen Schädigung der Organisation ausgeschlossen.“

Hinter diesen sechs dürftigen Zeilen verbirgt sich eine Tragikomödie von einem solchen Ausmaß — leider nicht nur österreichischem — wie sie nur Zeiten des tiefsten Niederganges der Arbeiterbewegung gelegentlich aufweisen. Wir beschränken uns für heute nur darauf, die wesentlichen Punkte der Vorgeschichte dieser Tragikomödie festzustellen, einige bemerkenswerte, in die Zukunft weisende Momente anzudeuten. Wir halten es im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für notwendig, die Frage in ganzer Tiefe und Breite aufzurollen, da wir erwarten, daß diese Aufrollung nicht in der Presse, sondern gelegentlich eines internationalen Kongresses der Linken Opposition wird restlos abgeschlossen werden.

Wer sind Kernmayr und Grad, die soeben ausgeschlossen wurden? Der aufmerksame Leser unseres Blattes stutzt, der Name Kernmayr ist ihm nicht unbekannt.

Es war im Herbst 1920, Kernmayr drängte sich über eine von ihm gegründete Sportorganisation an die „Mahnruf-Gruppe“ heran. Seine Mitarbeit beschränkte sich (da wir vorweg seiner Aufnahme in unsere Gruppe ablehnend gegenüberstanden) im Einsenden von Arbeiterkorrespondenzen. Da drangen im Sommer 1930 Gerüchte zur Redaktion, daß K. mit dem Faschismus gewisse Beziehungen unterhalte. Es häuften sich schließlich Anklagen, Teilweise, Beschuldigungen in einem so erdrückenden Maße, daß sich die Linke Opposition und der „Mahnruf“ gezwungen sahen, vor diesem Manne öffentlich zu warnen. Diese Warnung mag Nichteingeweihten insofern als verfrüht erschienen sein, als sie nur als Ergebnis einer durchgeführten Untersuchung und eines Urteils seitens eines proletarischen Schiedsgerichtes richtig wirksam sein konnte. Aber gerade das wußte K. geschickt zu vereiteln.

In dem Augenblick, als die Warnung erfolgte, warf sich Kernmayr Frey in die Arme und erklärte sich als „politischer Anhänger Freys“. Damit sind wir bei der Tragikomödie erstem Teil angelangt. Wie während Ritter Don Quichote, so warf sich Frey nunmehr zum Hüter der Unschuld der Jungfrau Kernmayr auf. Wenn die Liebe blind macht, so gilt dies für politische Liebhaberinnen doppelt. Frey, dieser tragikomische Narr, der durch die österreichische Arbeiterbewegung irrtüchert, setzte alle Hebel in Bewegung, um vor der Welt aus einer Hure eine Jungfrau, aus einem Kernmayr einen Revolutionär zu machen.

Damit sind wir bei dem zweiten, dem wirklich tragischen Teil dieser Geschichte angelangt: zu dieser Zeit trafen in Wien zwei Mitglieder der französischen Opposition, Molinier und Mille, ein, um österreichische Eindrücke zu sammeln. Sie erklärten sich bereit, an einer Untersuchungskommission teilzunehmen. Wir hatten Bedenken, weil die französischen Genossen statt eines Mandats seitens der Internationalen Opposition nur auf Sympathien seitens des Gen. Trotzki verweisen konnten. Aber wir stellten diese Bedenken zurück und entsandten als unseren Vertreter Gen. Daniel. Vertreter der Frey-Gruppe aber war — B. Grad, den Frey soeben ausgeschlossen hat. Diese Untersuchungskommission stellte nun, nach einer beispiellos leichtfertigen Untersuchung, die Unschuld der Jungfrau Kernmayr fest — gegen den leidenschaftlichen Protest unseres Genossen.

Und nun, zwei Jahre später, schließt Frey sowohl Kernmayr, wie Grad, aus. Was soll das bedeuten? Darüber wird noch offen gesprochen werden müssen. Und damit es gleich klar ist, wollen wir das Wichtigste feststellen: Es wird niemandem gelingen, zu behaupten, erst jetzt sei Kernmayr zum politischen Verbrecher geworden. Kernmayr war 1929 derselbe, wie 1932. Alle, die diese Wahrheit ersticken wollten, werden zur Rechenschaft gezogen werden. Es wird klar gelegt werden müssen, wo die Grenzen zwischen „blinder Liebe“ zu Kernmayr, Leichtfertigkeit bei der Untersuchung und Schlimmerem sind.

Frey war bekanntlich 1930 aus der Linken Opposition ausgetreten. Dieser Austritt gehört zu den interessantesten Tatsachen auf dem Gebiete der Psycho-Pathologie. Frey hatte sein Ziel erreicht, seinem Kernmayr war die Jungfernschaft attestiert worden; aber im Bewußtsein seiner Schuld verfiel er in hysterische Furcht, sein Spiel werde schließlich entlarvt werden und flüchtete sich Hals über Kopf aus der Linken Opposition.

1932 brach das System Frey-Kernmayr-Grad zusammen. Kernmayr wurde in Graz von seinen Genossen als Verbrecher gebrandmarkt und ausgestoßen. Damit brach der Hauptstützpunkt Freys zusammen. Warum Grad ausgeschlossen wurde, wissen wir bis jetzt noch nicht.

Frey wußte: dieser Zusammenbruch, nach dem politischen und organisatorischen Debakel in den letzten zwei Jahren, mußte ihn unwiderruflich auf den Misthaufen führen. Was wir ihm im April 1928 gesagt hatten, der politische, organisatorische und mo-

ralische Zusammenbruch, war im April-Mai 1932 beendet.

Da versuchte Frey noch einen letzten, verzweifelten Streich: Kaum zerbrach die traute, ach, so innige Freundschaft mit Kernmayr, da schrieb Frey einen Brief dem Gen. Trotzki, und meldete seinen Beitritt in der Gruppe des Gen. Trotzki an! Gegenwärtig ist in der Leitung der deutschen Trotzki-Gruppe, die zu dieser Frey Stellung nehmen soll, ein heftiger Streit darüber entbrannt, ob Freys Aufnahme erfolgen soll.

Wir, die infolge einer Reihe Differenzen mit dem Gen. Trotzki augenblicklich organisatorisch nicht verbunden sind, brandmarken an dieser Stelle den schmählichen Versuch eines politischen Abenteuerers, wie Frey, das große revolutionäre Ansehen des Gen. Trotzki für die Deckung freitritischer Schurkenstreiche zu benutzen. Schlimmer als jene, die Revolutionäre wie Trotzki in die Verbannung schicken, sind jene, die die Isolierung eines großen Revolutionärs dazu benutzen, ihn und die Ideen, für die er kämpft und Opfer bringt, zu besudeln. Wir warnen öffentlich vor der Aufnahme Freys, ohne daß das dunkle Kapitel Kernmayr auf einer internationalen Konferenz geprüft wird. Sollte diese Warnung vergeblich sein, dann wird die Gruppe Trotzki eine sehr schwere Verantwortung auf sich nehmen. Mit Briefen, in denen die Aufnahme Freys diskutiert werden soll, ohne daß die ganze Frage international erörtert wird, mit Briefen, in denen gegen die Aufnahme Freys nichts eingewendet wird, kann Gen. Trotzki diese kollektive, internationale Aufrollung der ganzen Frey-Frey nicht ersetzen.

Auf zum Hungermarck am 23. Juni!

Soziales Elend und Kriminalität

Soziale Kritik aus „Utopia“ von Thomas Morus.

Die Hauptursache des Stelchens in England um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts waren die — Schafe.

„Sie, die sonst so sanft und genügsam waren, sind nun so gierige, reißende Bestien geworden, daß sie selbst Menschen verschlingen und ganze Felder, Häuser und Gemeinden verzehren und entvölkern. In den Landesteilen, in denen die feinste und kostbarste Wolle wächst, da bleiben Barone und Ritter und hochwürdige Prälaten nicht zufrieden mit den jährlichen Einnahmen, die ihren Vorfahren und Vorgängern aus dem Lande erwachsen, nicht zufrieden damit, daß sie ein müheloses und lustiges Leben führen können, dem Gemeinwesen nicht zum Vorteil, sondern eher zur Last; sondern sie verwandeln noch den Ackerboden in Viehweiden, hegen die Weiden ein, reißen Häuser nieder und ganze Städte, und lassen nichts stehen als die Kirchen, die sie in Schafställe verwandeln. So geschieht es, daß ein gieriger und unersättlicher Vießfuß Tausende von Acres Land zusammenpacken und innerhalb eines Pfahles oder Hecke einzäunen oder durch Gewalt und Unbill ihre Eigner so absetzen kann, daß sie gezwungen sind, alles zu verkaufen. Durch ein Mittel oder das andere, es mag biegen oder brechen, werden sie genötigt, fortzutrollen, arme, einfältige, elende Seelen: Männer, Weiber, Gatten, Frauen, vaterlose Kinder, Witwen, jammernde mit ihren Säuglingen und der ganze Haushalt, gering an Mitteln und zahlreich an Köpfen, da der Ackerbau vieler Hände bedurfte. Weg schleppen sie sich, sage ich, aus den bekannten und gewohnten Heimstätten, ohne einen Ruheplatz zu finden; der Verkauf von all ihrem Hausrat, obgleich von keinem großen Wert, würde unter anderen Umständen einen gewissen Erlös geben, aber plötzlich an die Luft gesetzt, müssen sie es zu Spottpreisen losschlagen. Und wenn sie umhergeirrt, bis der letzte Heller verzehrt ist, was anderes können sie tun, außer stehlen, um dann in aller Form Rechts gefangen zu werden, oder auf den Bettel auszugehen? Und selbst in diesem Falle werden sie ins Gefängnis geworfen als Vagabunden, weil sie sich herumtreiben und nicht arbeiten; sie, die kein Mensch an die Arbeit setzen will, mögen sie sich noch so eifrig anbieten. Denn die Arbeit des Ackerbaues, die sie verstehen, wird nicht betrieben, wo nicht gesät wird. Ein einziger Schäfer genügt, um das weidende Vieh auf einem Landstrich zu überwachen, zu dessen Bestellung ehemals zahlreiche Hände erforderlich waren. Solange ihr für alle diese Uebel keine Heilung findet, ist es umsonst, mit strenger Justiz gegen Raub und Diebstahl vorzugehen, einer Justiz, die mehr dem Schein dient, als der Gerechtigkeit, oder dem Gemeinwohl. Denn was tut ihr anderes, als zuerst Diebe züchten und sie nachher aufhängen? Statt über die Diebe harte und entsetzliche Strafen zu verhängen, wäre es besser, Vorkehrungen zu treffen, daß sie ihren Unterhalt auf ehrliche Art finden könnten, damit kein Mensch gezwungen wäre, zuerst zu stehlen und dann dafür zu sterben!“

Zum Nachdenken: Wie vor vierhundert Jahren, finden wir heute — wenn auch auf einem unvergleichlich gewaltigeren ökonomischen Hintergrund — dieselben sozialen Zustände. Man nimmt dem Proletarier die Arbeit — man raubt ihm die Unterstützung — und dann treibt man ihn zum Freitod oder — Polizei — Justiz — Kerker — blaue Bohnen ...